

Kantstraße 71-73
04275 Leipzig
Postanschrift 04360 Leipzig
Tel.: (0341) 3 00 0
www.mdr.de

Ständige Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.
Frau Vorsitzende
Maren Müller
Herrn Jens Köhler
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig

Programmbeschwerde
Falsche Berichterstattung über Situation in Venezuela
„MDR aktuell“ vom 25.01.2019, 19:30 Uhr

Sehr geehrte Frau Müller,
sehr geehrter Herr Köhler,

vielen Dank für Ihr an den die Intendanz des MDR gerichtetes Schreiben vom 27.01.2019, das zuständigkeitshalber an die Juristische Direktion zur Prüfung und Beantwortung weitergeleitet wurde.

Sie beanstanden betreffend die Sendung „MDR Aktuell“, die am 25.01.2019, 19:30 Uhr, ausgestrahlt wurde, die Anmoderation zu dem Beitrag über Venezuela. Ihrer Ansicht nach war es falsch, im Falle des venezolanischen Präsidenten von einer „Ablösung“ zu sprechen. Richtig wäre aus Ihrer Sicht gewesen darzustellen, dass sich der Oppositionsführer Guaidó auf einer Veranstaltung im Kreis seiner Anhänger selbst zum Präsidenten ernannt habe. Überdies habe der MDR nicht über eine Äußerung des Ex-CIA-Chef Mike Pompeo in der Sitzung des UN-Sicherheitsrates am 26.01.2019 berichtet, was Sie als „Nachrichtenunterdrückung“ ansehen.

Nach Sichtung der Sendung, Rücksprache mit der Redaktion und Prüfung Ihrer Eingabe, komme ich zum Ergebnis, dass Ihre Beschwerde unbegründet ist. Denn in der von Ihnen beanstandeten Sendung wurde nicht gegen die im MDR-Staatsvertrag verankerten Programmgrundsätze verstoßen.

Grundsätzlich ist der MDR in seinen Sendungen der Wahrheit verpflichtet (§ 8 Abs. 1 MDR-Staatsvertrag). Überdies sind gemäß § 8 Abs. 3 MDR-Staatsvertrag alle Informationssendungen

Leipzig, 22.03.2019

Seite 1/2

ks

190322-OS-StäPK-Venezuela-
BRF.docx

Honorarprofessor

Dr. Jens-Ole Schröder

Juristischer Direktor

Tel.: +49.(0)341.300-7500

Fax: +49.(0)341.300-7530

juristischedirektion@mdr.de

Gesetzlicher Vertreter des MDR ist die Intendantin. Der MDR kann auch durch von der Intendantin Bevollmächtigte vertreten werden. Auskünfte über den Kreis der Bevollmächtigten und den Umfang der Vollmachten erteilt der Juristische Direktor des MDR.

gewissenhaft zu recherchieren und wahrheitsgetreu und sachlich zu halten. Ein Verstoß gegen diese Gebote ist vorliegend nicht gegeben, und zwar aus folgenden Gründen:

Tatsächlich hat der Moderator der Sendung den Beitrag mit den Worten anmoderiert: „Nach der Ablösung des venezolanischen Staatschefs Maduro durch die Opposition hat sich die Bundesregierung für sofortige Neuwahlen ausgesprochen. Außerdem hat Bundesaußenminister Maas in New York angeregt, dass sich der UN-Sicherheitsrat mit der Situation in Venezuela beschäftigt. Die größte Sorge gilt zur Zeit der Stabilität in dem Land mit den größten Ölreserven der Welt.“ Bei der beanstandeten Passage handelt es tatsächlich um eine Ungenauigkeit. Korrekterweise hätte es heißen sollen „Nach der versuchten Ablösung des venezolanischen Staatschefs Maduro durch die Opposition hat sich die Bundesregierung für sofortige Neuwahlen ausgesprochen. (...)“. Die Redaktion bedauert die Ungenauigkeit. Rechtlich jedoch spielt diese keine Rolle. Grundsätzlich wird eine isolierte Betrachtung eines umstrittenen Äußerungsteils den Anforderungen an eine zuverlässige Sinnermittlung nicht gerecht (BVerfG, NJW 1995, 3303; BGH NJW 2006, 602). Bei der Ermittlung des Gehalts eines Beitrages sind daher insbesondere der sprachliche Kontext sowie der Beitrag insgesamt zu berücksichtigen. Betrachtet man im vorliegenden Fall nicht die Anmoderation allein, sondern zudem den auf die Moderation folgenden Beitrag ist festzustellen, dass darin Herr Guaidó zutreffend als „selbsternannter Interimspräsident“ bezeichnet wird, der seinen Kontrahenten – der ebenso zutreffend als „Präsident Maduro“ benannt – „zum freiwilligen Rücktritt aufgefordert“ habe. Damit wird klar, dass die Anmoderation lediglich ungenau zusammengefasst hat, was aber im Beitrag inhaltlich korrekt dargestellt wurde. Der Vorwurf, dass es sich um eine bewusste Falschdarstellung – „Fake News“ - handelte, ist damit vollumfassend entkräftet.


Soweit Sie auf die 8452. Sitzung des UN-Sicherheitsrates Bezug nehmen, ist festzustellen, dass diese am Samstag, 26.01.2019, 09:00 Uhr morgens in New York begann (also 15 Uhr deutscher Zeit). In der von Ihnen beanstandeten Sendung vom 25.01.2019 konnten wir daher noch nicht über den Verlauf dieser Sitzung berichten.

Dessen ungeachtet lässt sich eine Äußerung von US-Außenminister Pompeo, wie Sie sie sinngemäß zitieren, allerdings weder im Wortprotokoll der Sitzung des Sicherheitsrates (http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/PV.8452) finden, noch auf der Webseite des US-Außenministeriums, wo die Ausführungen des US-Außenministers in der Sitzung ebenfalls veröffentlicht sind (<https://www.state.gov/secretary/remarks/2019/01/288601.htm>).

Auch Nachrichtenagenturen oder Zeitungen berichten nicht über eine solche Äußerung Pompeos im Rahmen der Sicherheitsratssitzung. Insofern fehlen für eine evtl. „Nachrichtenunterdrückung“, wie Sie sie vermuteten, jegliche Anhaltspunkte.

Aus den vorbezeichneten Gründen liegt in dem von Ihnen beanstandeten Beitrag eine Verletzung von Programmgrundsätzen nicht vor.

Mit freundlichen Grüßen


Honorarprofessor Dr. Jens-Ole Schröder